

25.03.2010

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

uns liegt heute die Vorlage Nr. BV/337/2010 der Fraktionen SPD, CDU, FDP und BFB zur Diskussion und zur Abstimmung vor. Eine Vorlage die mir mehr als zwanzig Jahr nach der Wende sehr fragwürdig erscheint.

Es ist in der DDR vielen Menschen großes Unrecht durch hauptamtliche Mitarbeiter und inoffizielle Zuträger des MfS geschehen. Menschen wurden ausgehört, bespitzelt, konnten nicht studieren, waren Demütigungen ausgesetzt, wurden verschleppt und inhaftiert und so weiter und so fort. Vieles könnte ich noch aufzählen aber sie wissen wovon ich rede.

Nach der Wende wurde dann versucht, die Aktivitäten des MfS und deren Zuträger aufzudecken. Viel Entsetzliches kam seitdem ans Tageslicht aber bei weitem nicht alles. Ein Großteil der Akten und Unterlagen waren vernichtet und Mitarbeiter und Zuträger konnten sich an nichts mehr erinnern.

Ich habe mir damals gewünscht, dass „enttarnte“ Mitarbeiter und Zuträger irgendwie zur Rechenschaft gezogen werden für das Leid, das sie anderen angetan haben. Die Kleinen wurden, wenn man ihnen habhaft wurde, an den Pranger gestellt. Sie haben vielleicht ihren Job verloren. Die Großen, die Schalk-Golotkowskys, denen hat man wenig anhaben können. Denen geht's gut.

Nun frage ich mich: Was möchten die Einreicher dieser Vorlage wohl damit bezwecken, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR zu überprüfen? Übrigens, eine ehemalige DDR gab es nicht. Was passiert mit einem Stadtverordneten der jetzt „enttarnt“ wird? Passiert überhaupt irgendetwas?

In der vergangenen Legislaturperiode, einige werden sich erinnern, saß in der Stadtverordnetenversammlung ein ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit. Na und werden einige denken, Schnee von gestern. Ja, Schnee von gestern sage auch ich. Es war nur einmal öffentlich Thema in einer Stadtverordnetenversammlung dann nur noch hinter vorgehaltener Hand.

Warum kommt dieser Beschlußvorschlag achtzehn Monate nach der Kommunalwahl? Sind die Einreicher nach den neuerlichen Stasi-Meldungen aus dem Brandenburger Landtag zusammengezuckt nach dem Motto: Ups, haben wir da was vergessen? Na dann schnell nachreichen. Besser spät als nie.

Ich bin dafür, dass endlich alles auf den Tisch kommt was mit Stasi, Bespitzelung, Menschenverachtung zu tun hat. Ich bin nicht dafür, dass Buhmänner und Frauen gesucht und gefunden werden, auf die das Volk mit dem Finger zeigen kann. Es gibt genug Sorgen und Probleme zu lösen und es nützt wenig, alte Wut wieder hochzukochen.

Ich werde an der Abstimmung dieser Vorlage nicht teilnehmen.
Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit



Jürgen Kumm
Fraktionsloser Abgeordneter